

Einleitung

"Die Partei richtet ihr Ziel auf die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Volkes. Diesen Zielen will sie in ruhiger und gründlicher Arbeit zustreben. Sie stellt fest, dass die religiös-politischen Richtlinien für sie durch Art. 49 und 50 der Bundesverfassung bezogen sind. Sie vermeidet und tritt entgegen dem unheilvollen Zusammenkoppeln der Religion mit rein politischen oder sozialen Forderungen und sucht in gemeinsamer Arbeit aller das geistige und materielle Wohl des Volkes unserer Zeit zu fördern."

Diese Worte standen am Anfang des ersten Parteiprogramms, das sich die Nidwaldner Liberalen im Jahre 1907 gaben. Haben sie nicht weitgehend ihre Gültigkeit bewahrt?

Wer politisiert, muss sich mit der Geschichte vertraut machen. Wer nicht in geschichtlichen Zusammenhängen denken kann, ist ein schlechter Politiker, und wer sich nicht seiner geistigen Wurzeln besinnt, dem fehlt das Fundament für politisches Denken und Handeln. Ich stelle deshalb meinen Überlegungen eine Art historischer Bestandsaufnahme voran, mit dem Versuch einer Würdigung und einer Analyse.

Geschichte 1785 bis 1840

Schon vor dem Franzosenüberfall von 1798 und der zwangsweisen Einführung von Ideen der Französischen Revolution gab es in Nidwalden Männer, welche dem philosophischen Denken von Jean Jacques Rousseau und dem Geist der Aufklärung zugetan waren. In Theateraufführungen mit historischem Hintergrund haben sie ihre Helden aufklärerische Ideen verbreiten lassen. Diese Persönlichkeiten können als Vorläufer des späteren liberalen Gedankens gesehen werden. Zu ihnen gehörten unter anderen die Landammänner Jost Remigi Trachsler, Jakob Josef Zelger, Viktor Maria Businger und Ludwig Maria Kayser.

Während der Zeit der Helvetik wie auch der Mediationsverfassung blieben in Nidwalden die wesentlichen politischen Strukturen und deren Repräsentanten erhalten.

1815, mit der einsetzenden Restauration, wurde vollends die alte Ordnung mit ihrer konservativen und reaktionären Grundhaltung wieder eingeführt. Die Oligarchie der herrschenden Geschlechter der Zelger, Lussi, Wyrsh, Kayser, usw., welche dank ihrer Bildung und ihrem Vermögen, über Generationen die wichtigsten Ämter besetzt hielten, kam wieder zum Tragen. Den Ideen der Aufklärung wurde der Kampf angesagt, die Handels- und Gewerbefreiheit wieder eingeschränkt und die Talschaft Engelberg wurde buchstäblich aus dem Kanton Nidwalden ausgestossen. Ja, man beschloss an der Landsgemeinde sogar den Austritt aus dem Bund der Eidgenossenschaft. Das entscheidendste aber war, dass die Nidwaldner die Volksherrschaft nie verloren haben. Ich verweise auf die Demokratie der Landsgemeinde mit der direkten Wahl von Regierung und Gerichten und der unmittelbaren Einflussnahme des Landvolkes auf die Gesetzgebung.

Zweite Hälfte 19. Jahrhundert

In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts entstand im sogenannten Vaterländischen Verein eine erste, echte liberale Bewegung. Ihre bedeutendsten Führer waren vor allem die von Deschwanden, welche über Jahrzehnte eine eigentliche geistige Elite im Land verkörperten. Im Wochenblatt, das bereits 1845

herausgegeben wurde und - nach einem durch behördliches Verbot erzwungenen Unterbruch - von 1848 bis 1857 erschien, wurden liberale Ideale und Stellungnahmen zur Gesetzgebung und zur Tagespolitik unter das Volk gebracht. Übertreffender und weitsichtiger Redaktor war Karl von Deschwanden. 1834 wurde Franz Alois Wyrch als erster Liberaler in den Regierungsrat gewählt. Von 1840 bis 1858 war er Landammann und hat damit die turbulente Zeit der neuen Bundesverfassung von 1848 und der Kantonsverfassung von 1850 mitgeprägt. Der spätere konservative Landammann Walter Zelger schrieb in seinem "Journal interessanter Tagesneuigkeiten 1847 - 1850" über diese Zeit, dass es auch in Nidwalden Liberale und Konservative gab, die sich gegenseitig bekämpften, die aber in ihrer Grundhaltung eher gemässigt auftraten, da deren Exponenten vielfach Glieder der alten, in der Staatsführung erfahrener Geschlechter waren. Nach der Annahme der neuen Kantonsverfassung, im Jahre 1850, setzten sich liberale Politiker energisch für die Verwirklichung ihrer Ideale in der Gesetzgebung ein. Ihr Liberalismus wurde aber nie zum Radikalismus oder zur Kulturkämpferei.

Bedeutendste Persönlichkeit in dieser bewegten Zeit war der liberale Karl von Deschwanden. Sein Vater war Louis-Victor, welcher als Offizier in spanischen Diensten war und von dort liberale Ideen nach Hause brachte. Daneben scheint er Kontakte zu politischen, freisinnigen Offizierszirkeln gehabt zu haben. Karl von Deschwanden, von Beruf Jurist und Fürsprecher, ist der Schöpfer des Entwurfes zu einem neuen Sachenrecht in Nidwalden von 1862. Dieser Entwurf hat ihm in Fachkreisen, weit über die Kantonsgrenze hinaus, hohes Ansehen verschafft. Leider wurde es nicht in Kraft gesetzt. Der grosse Basler Jurist Andreas Heusler hat von Deschwandens Entwurf ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt, und Dr. Beat Zelger, der es verstand, eines der rühmlichsten Kapitel der Nidwaldner Rechtsgeschichte darzustellen, schreibt in seiner Dissertation, "... dass die wohl für unsern Kanton bestmögliche Kodifikation auf der Grundlage des einheimischen Sachenrechtes infolge kleinlicher Intrigen und hochobrigkeitlichen Neids nicht Gesetz werden konnte". Für sein hervorragendes juristisches und wissenschaftliches Werk verlieh ihm die Universität Zürich die Würde eines Ehrendoktors der Rechte. Karl von Deschwanden war bedeutender Historiker, und er erhielt als Krönung seines Schaffens vom Bundesrat den ehrenvollen Auftrag die Abschiede des Zeitraumes von 1533 bis 1555 zu bearbeiten. Als liberaler Politiker kämpfte er in Nidwalden besonders für die Gewaltentrennung, für die Humanisierung des Strafrechtes und in diesem Zusammenhang für die Abschaffung der Todesstrafe. Sein unermüdliches Engagement im öffentlichen Leben Nidwaldens ist wohl einmalig und in seiner Vielseitigkeit unerreicht. Er war Landrat, Kantonsgerichtspräsident, Major, Präsident der Offiziersgesellschaft Nidwalden und der Theatergesellschaft Stans und schliesslich Mitbegründer des historischen Vereins und Redaktor des Wochenblattes. Die schönste Würdigung fand er in seinem Nachruf im konservativen Nidwaldner Volksblatt: „Herr von Deschwanden war am geistigen Wissen und Können der bedeutendste Nidwaldner und hat dem Vaterland grosse Dienste geleistet." Erwähnung verdient aber auch sein ebenso tüchtiger und angesehener Bruder Josef Wolfgang von Deschwanden. Er war Mitbegründer und erster Rektor der ETH in Zürich, wo er auch als Professor wirkte.

Die konservative Regierung der ersten Jahrhunderthälfte interessierte sich kaum für eine wirkungsvolle Wirtschaftspolitik. Sie stand einer wirtschaftlichen Entwicklung ablehnend gegenüber. Mit hinderlichen Vorschriften wirkte sie aber hemmend, und sie unternahm nichts zur Förderung des Gewerbes. Erst ab den 50er Jahren trat langsam eine Änderung ein. Dr. Hansjakob Achermann schreibt dazu im Jubiläumsbuch des Gewerbeverbandes: „Im Grossen und Ganzen legte die Regierung von jetzt ab der privaten Initiative keine Stolpersteine mehr in den Weg. Dies war insofern nicht selbstverständlich, als die Initiativen oft von Leuten ausgingen, die politisch zur Opposition - den Liberalen - gehörten und manchmal nicht einmal das Nidwaldner Bürgerrecht besaßen. Dass die konservative Mehrheitspartei diesen nicht besonders wohlgesinnt war, muss nicht eigens betont werden".

Liberale Einzelinitiative war also schon damals wegbereitend für den wirtschaftlichen Wohlstand. Eindrückliches Beispiel hierfür lieferte damals der liberale Bauherr und Unternehmer Kaspar Blättler (1798-1872), der als 24-Jähriger die Papierfabrik im Rozloch übernahm und sie zu hoher Blüte brachte. Als Regierungsrat und Bauherr war ihm die Verkehrserschliessung des Kantons ein vordringliches Anliegen. Nachdem die Regierung durch ihre widerspenstige Haltung bewirkt hatte, dass die Brünigstrasse auf Nidwaldner Boden auf Kosten des Bundes durch den Kanton Obwalden erstellt werden

musste, hat Kaspar Blättler schliesslich die Achereggbrücke auf eigene, private Initiative und eigenes Risiko selbst gebaut. Rechtzeitig erkannte er auch die Bedeutung des Tourismus, setzte sich für dessen Förderung ein und erstellte - welch optimistischer Pioniergeist - ein Hotel auf dem Klimenhorn. Ein weiteres Zeugnis liberaler Initiative ist die Gründung der Ersparniskasse Nidwalden durch Melchior von Deschwanden im Jahre 1827. Diese grösste private Bank unseres Kantons, welche seither überwiegend von liberalen Persönlichkeiten geführt wurde, hat seit ihrem Bestehen immer wieder wertvolle, wirtschaftliche Impulse gegeben.

Die Bildung der Jugend war seit jeher wichtigstes liberales Anliegen. Dabei fällt auf, dass auch hier die liberalen Persönlichkeiten den Weg zuerst über die Privatinitiative fanden. Es wurden z.B. Vereine gegründet, welche private Sekundarschulen führten. Erst viel später wurden diese von den Schulgemeinden übernommen.

Eidgenössische Parlamentarier

Zwei bedeutende Politiker - die beiden einzigen liberalen Nationalräte seit 1848 - müssen unbedingt gewürdigt werden: 1857 ist Johann Melchior Joller, der Führer des radikalen Flügels der Nidwaldner Liberalen - wie so schon berichtet wird - "mit jubelndem Mehr von 2/3 der Stimmen gegen den bisherigen konservativen, ultramontanen Landammann Dr. Melchior Wyrsh in den Nationalrat gewählt worden". Nach nur dreijähriger Amtszeit zog Joller von Stans weg, weil in seinem Haus "Spychermatt" unerklärliche mystische Erscheinungen das Leben unerträglich machten. An seine Stelle trat 1860 der gemässigte liberale Landammann Louis Wyrsh.

Beinahe zu einem Erfolg wurden die Ständeratswahlen an der Landsgemeinde 1925, als der liberale Kandidat Landammann Anton Z'graggen mit 1060 Stimmen mit nur 10 Stimmen Differenz unter dem Resultat des konservativen Anton Zumbühls lag.

Liberale Presse

Eine gewichtige Rolle für die liberale Politik spielte eine unserer Gesinnung entsprechende Presse. Karl von Deschwanden schrieb dazu im Wochenblatt: "Die freie politische Presse nämlich ist es, die wesentlich dazu beiträgt, dass gute Gesetze gemacht werden." Nachdem das Wochenblatt sein Erscheinen 1857 einstellte, entstand erst 1906 wieder eine liberale Zeitung, der „Nidwaldner Bote“. Dieser fusionierte 1909 mit dem von Josef Schäli und Josef Abächerli in Obwalden gegründeten „Unterwaldner“. Das Verlagsrecht wurde von Karl Engelberger in Stans, dem Urgrossvater unseres heutigen Landammanns Eduard Engelberger übernommen. Erste redaktionelle Mitarbeiter waren Landschreiber Franz Odermatt und Fürsprecher Melchior Lussi. Der "Unterwaldner", welcher fortan von den liberalen Parteien in Ob- und Nidwalden getragen wurde, blieb bis zur Überführung in das "Nidwaldner Tagblatt" in den fürsorglichen Händen der Familien Engelberger. Ihr grosser Verdienst ist es, dass sie nicht nur während Jahrzehnten als Verleger das finanzielle Risiko trugen, sondern auch als geistreiche und engagierte Redaktoren für die Sache unserer Partei einstanden.

20. Jahrhundert

Die Gründung der liberalen Partei in der heutigen Form, fand am 10. November 1902 im Hotel Engel in Stans statt. Erster Präsident war Landammann Ferdinand Businger aus Stans. Als Sekretär amtierte Landschreiber Franz Odermatt. Weitere Vorstandsmitglieder waren Kantonsgerichtspräsident Oberst Theodor Fuchs und Regierungsrat Valentin Blättler. Tagespräsident Theodor Fuchs hielt die temperamentvolle, geistreiche und anfeuernde programmatische Rede. In dieser würdigte er die freiheitlichen Errungenschaften der freisinnigen Bundesversammlung sowie die Geschichte und Leistungen des Bundesstaates seit 1848 und hob besonders dessen Bestrebungen für die Förderung der

Volksschule und der Volksbildung hervor. Unter dem katastrophalen Eindruck der ersten eidgenössischen Proporzvorlage vom 23. Oktober 1910, welche von den Konservativen auch in unserem Kanton heftig bekämpft wurde, beschloss die Parteiversammlung mit gewaltiger Mehrheit den Beitritt zur freisinnig demokratischen Partei der Schweiz. Als erster Vertreter in den Zentralvorstand wurde Landschreiber Franz Odermatt gewählt. Seither verfolgen die Nidwaldner Liberalen eine Politik, die in den Grundsätzen nur selten von der Schweizerischen Partei abweicht.

Der Kampf um Bannalp, welcher 1930 ausbrach, führte zu harten, erbitterten Auseinandersetzungen und spaltete unseren Kanton jahrelang in zwei Lager. Es ging um die Unabhängigkeit in der Elektrizitätsversorgung, welche schliesslich eine entscheidende Umwälzung für die neuere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Kanton brachte. Höhepunkt der umstrittenen Vorlage war wohl die Landsgemeinde 1934, an welcher von 11 bisherigen Regierungsräten nur noch deren 2 wiedergewählt wurden. Parteizugehörigkeit war nicht mehr massgebend, und bis in die Nachkriegsjahre hinein spielten in Nidwalden die historischen Parteien nur noch eine untergeordnete Rolle.

Würdige man unsere Parteigeschichte, welche mit der Geschichte des Kantons eng verknüpft ist, können wichtige Erkenntnisse gewonnen werden. In Nidwalden war für die öffentlichen Mandatsträger zu allen Zeiten nicht primär die politische Couleur massgebend. Das Volk, bzw. die Landsgemeinde, behielten die Herrschaft in ihrer Hand. Es wählte unabhängige Männer in die Regierung, die es für fähig hielt und denen es vertraute. Es gab bei uns weder eine Aristokratie noch einen Klassenkampf. Politische Strömung von aussen wurden nur mit Verzögerung und eher widerwillig aufgenommen. Die Gesetzgebung und die Wahl der Behörden waren stets sozusagen massgeschneidert auf unsere speziellen Verhältnisse zugeschnitten. Die Auseinandersetzung mit den anders Denkenden erfolgte in der Regel in einer gemässigten Form und im Geiste gegenseitigen Respektes. Für die Liberalen war oberste Maxime immer der Kampf für die Freiheit des Individuums. Das Subsidiaritätsprinzip wurde hochgehalten; ihre Devise hiess "nur soviel Staat als notwendig und so wenig Staat als möglich". Bedeutende liberale Persönlichkeiten haben zu allen Zeiten wesentlich zum Gedeihen unseres Kantons beigetragen. Ich denke in diesem Zusammenhang an kraftvolle Landammänner, wie Dr. Jakob Wyrsch, Franz Murer, Josef Blättler, Anton und Ernst Z'graggen, Remigi Blättler, German Murer, usw. Seit 1850 bis heute gab es 125 Regierungsräte, von denen 40, also fast ein Drittel der liberalen Partei angehörten. In der gleichen Zeit stellten wir 13 von 29 Landammännern.

Gegenwart

Eines der wichtigsten Anliegen der Liberalen war seit jeher eine gerechte Verteilung der Landratsmandate. In der neuen Kantonsverfassung von 1966 ist, hauptsächlich auf liberale Initiative hin, die gesetzliche Grundlage für die Einführung der Proporzwahl geschaffen worden. Anlässlich der Nationalratswahl 1979 kam es zu einer Ausmarchung, an welcher erstmals die mutmasslichen Parteistärken ermittelt werden konnten. Die CVP erhielt mit Joseph Iten 50%, die Liberalen mit Dr. Hugo Waser 40% und die Sozialdemokraten mit Hansruedi Hensel 10% der Stimmen. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die CVP im Landrat über 43, die Liberalen über 17 Sitze und die Sozialdemokraten war nicht vertreten. Also ein krasses Missverhältnis der Sitzzahlen zu den wirklichen Parteistärken. Die Liberalen nahmen dies zum Anlass die Einführung des Proporzwahlverfahrens für den Landrat zu fordern. Eine diesbezügliche Motion ihres Landrates Adrian Murer wurde von der CVP-Fraktion zu Fall gebracht. Ein von den Sozialdemokraten eingereichter Gesetzesantrag genügte unseren Anforderungen nicht. Der liberale Gesetzesentwurf obsiegte an der Landsgemeinde 1981 und erhielt - gegen starken Widerstand der CVP - die deutliche Zustimmung des Landvolkes. Auf der Basis dieses Erfolges entstand eine dynamische Erneuerung der Kantonalpartei. Erstmals wurden in klarer und konkreter Form die liberalen Zielsetzungen in einem Parteiprogramm umschrieben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Bestanden bis anhin nur fünf Ortsparteien, wurden neu in allen übrigen Gemeinden Ortsparteien ins Leben gerufen. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder erhöhte sich von 400 auf über 1000. Die ersten Landratswahlen im Proporz brachte 1982 folgende Sitzverteilung:

CVP 50.5 % 35 Sitze (-6)
LP 39.0 % 22 Sitze (13)
SP 7.0 % 1 Sitz (+1)
DN 3.0% 1 Sitz (+1)
BST* 0.5 % 1 Sitz (+1)

Bauernstand Dallenwil

Ein jahrzehntelanger liberaler Kampf um eine gerechte Beteiligung der Minderheiten an der politischen Willensbildung im Parlament ist damit in Erfüllung gegangen. Ermutigt durch dieses Ergebnis und das zu Tage getretene wirkliche Kräfteverhältnis, forderten die Liberalen an der darauf folgenden Landsgemeinde einen zusätzlichen Regierungsrat. An dieser denkwürdigen Ausmarchung erkämpften sie auf glanzvolle Weise den 4. Sitz.

Dergestalt in Regierung und Parlament gestärkt, konnte nun die kantonale Politik in allen Bereichen vermehrt im Sinne unserer Grundsätze beeinflusst werden. Die Liberalen, welche sich bisher als Oppositionspartei verstanden, sind nun eine wirkungsvolle politische Kraft geworden. Vor allem in der Gesetzgebung wurde mitgestaltet, unsere Zielsetzungen eingebracht und in vielen Bereichen auch zunehmend durchgesetzt. Wir haben im wahren Sinne des Wortes massgebliche Regierungsverantwortung übernommen.

Bedeutungsvollster parlamentarischer Vorstoss war 1985 die liberale Motion für die Durchführung einer Regierungs- und Verwaltungsreform. Sie wurde vom Landrat einstimmig erheblich erklärt. In der darauffolgenden Bearbeitung durch die Experten und die landrätliche Kommission, wurde sie aber weitgehend ihres Sinnes entleert, und sie erreichte damit das gesteckte Ziel leider nicht.

In jüngster Zeit hat das konsequente Eintreten der liberalen Repräsentanten für eine klare bürgerliche Politik viel zum Profil unserer Partei beigetragen. Ich denke da vor allem an die Landsgemeindevorlage über ein neues Bergregalgesetz, wo einer ständigen Verhinderungspolitik eine unmissverständliche Absage erteilt wurde. Das mutige Eintreten für unsere Pilatus-Flugzeugwerke und damit für den lebenswichtigen Erhalt von hunderten von Arbeitsplätzen war eine politisch notwendige Unterstützung und Solidaritätserklärung für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche schicksalhaft mit diesem Unternehmen verbunden sind.

Unsere Landräte verfolgen gerade in der laufenden Legislatur entschlossen die aufgestellten Zielsetzungen für den Erhalt, die Stärkung und Forderung einer gesunden Wirtschaft, die Aus- und Weiterbildung unserer Jugend sowie eine angemessene Finanz- und Personalpolitik.

Zukunft

Nach soviel positiver Selbstbetrachtung müssen wir uns die Frage stellen, wie es weitergehen soll. Eine politische Bewegung hat nur dann eine weitere Existenzberechtigung, wenn sie die Kraft zur Erneuerung aufbringt. Auch das Staatswesen, seine Institutionen und insbesondere die Gesetzgebungen müssen immer wieder überdacht und den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Als Nachkommen der Gründer unseres liberalen Bundesstaates sind wir prädestiniert, eine Vordenkerrolle zu übernehmen. Unsere Partei, welche der Bundesverfassung von 1848 und deren Totalrevision von 1874 die geistige Grundlage gegeben hat, besitzt hier Tradition und Erfahrung. "Mehr Freiheit und Selbstverantwortung, weniger Staat", war vor wenigen Jahren unser Leitmotiv. Es ist zeitgemässer denn je. Bund, Kantone und Gemeinden sind wegen der aufgebürdeten Aufgaben an die Grenzen der funktionellen und finanziellen Leistungsfähigkeit gestossen. Auch unsere kantonale Politik muss wieder vermehrt auf Eigeninitiative und Eigenrisiko seiner Bürger abzielen. Je mehr der Bürger die Unterstützung übergeordneter Instanzen beansprucht, umso stärker gerät er in Abhängigkeit. Mehr Staat bringt mehr Gesetze, mehr Vorschriften und Einengung des persönlichen Spielraumes, was wiederum jeden gesunden Unternehmergeist lähmt. Unsere grösste Chance

ist eine gradlinige, freiheitliche Politik. Wir wollen und brauchen keine faulen Kompromisse, keine Anbiederung an irgendwelche modischen Strömungen und Tendenzen, welche auf Popularität aus sind und vermeintliche Wahlerfolge oder Sympathien versprechen. In der kantonalen Gesetzgebung, in Regierung und Verwaltung, müssen wir, von der Tagespolitik losgelöst, weiterhin für grundsätzliche Reformen eintreten. Visionen und neue Ideen sind gefragt.

Eine Analyse über das Scheitern der liberalen Motion von 1985 soll mögliche Schwachpunkte aufzeigen. Anzustreben ist mit erster Priorität eine kompromisslose Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Legislative. Eine starke Regierung soll ihre Führungsaufgabe übernehmen und für ihre Entscheidungen die Verantwortung tragen. Ihre Grösse und ihre Organisation soll sie nicht nach politischer Opportunität sondern nach einer optimalen Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben richten. Der Landrat soll, von exekutiven Aufgaben befreit, sich uneingeschränkt der Gesetzgebung und der Kontrolle von Regierung und Verwaltung widmen. Ganz allgemein muss die Gesetzgebung auf mehr Vertrauen in die Behörden und deren Eigenverantwortung ausgerichtet werden. Weitere Reformen konnten auch bei der Finanzpolitik, der Finanzkontrolle und der Nidwaldner Kantonalbank angestrebt werden. Es ist bedenklich, wenn ca. 90% der Staatsausgaben gesetzlich gebunden sind, und das Parlament in der Ausgabenpolitik praktisch überhaupt keinen Spielraum besitzt. Bei der Kantonalbank könnte man sich, zur ihrem Vorteil, durchaus eine andere Rechtsform vorstellen.

Anhand dieser wenigen Beispiele, welche aber besonders bedeutsame und sinnvolle Postulate beinhalten, soll aufgezeigt werden, dass viel kreative und zukunftsgerichtete Innovation gefordert ist. Die vornehmste Pflicht unserer Partei ist es, wieder vermehrt Grundsatzpolitik zu betreiben, welche auch wirklich etwas bewegt. Der politische Handlungsbedarf ist zu erkennen und als Aufgabe anzupacken.

Hergiswil, 13. September 1993 Hans Reinhard